

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 50 Mark.

Verlagsgemeinschaft Jägerstr. 33, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Erfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65, Fernruf: 4692.

Zur Abwehr unlauterer Agitationsmanöver des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

In der Nr. 47 unseres Verbandsorgans vom 25. November haben wir am Kopfe dieser Nr. in einem Artikel unter obiger Überschrift uns zur Wehr gesetzt gegen unlautere Agitationsmethoden von Angestellten des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Wir hatten darin u. a. ausgeführt, daß „die Berliner Zeitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes es für zweckmäßig gehalten, ihren Angehörigen Abschriften dieser Rundschreiben zuzuschicken.“ Gemeint sind die Rundschreiben unseres geschäftsführenden Zentralvorstandes an die Beamten unseres Verbandes. Die Auflage der Nr. 47 unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ war bereits gedruckt, als wir von der Leitung des Deutschen Verbandes ein Schreiben erhielten, worin diese unserer Verbandsleitung mitteilt, daß von Seiten der Zentrale des Deutschen Verbandes in Berlin nichts zur Verbreitung der betreffenden Rundschreiben getan worden sei. „Wenn diese Beschwerde zutrifft“, so heißt es u. a. in dem vom Vorstand des Deutschen Verbandes an uns gerichteten Schreiben, „dann ist ganz bestimmt anzunehmen, daß das nur im Interesse von einigen Kollegen geschehen sein kann. Wir werden jedoch unseren Gauleitungen Mitteilung machen, daß zutreffendfalls wir das Verhalten unserer Kollegen durchaus nicht billigen würden.“

Damit werden Praktiken, wie die von uns in der Nr. 47 gekennzeichneten, auch von der Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ausdrücklich mißbilligt. Damit werden die gegen die Leitung des Deutschen Verbandes von uns erhobenen Vorwürfe hinfällig. Nach Ausführungen eines Angestellten des Deutschen Verbandes, in einer Versammlung, mußten wir annehmen, daß die Verbreitung dieses Rundschreibens von der Leitung des Deutschen Verbandes aus erfolgt sei. In dem Schreiben an unsere Verbandsleitung wird das bestimmt verneint und die Verbreitung und agitatorische Ausschlagung der Rundschreiben verurteilt. Die von uns im Artikel in der Nr. 47 gezogenen Schlussfolgerungen können sich nach Vorstehendem nicht mehr gegen die Leitung des Deutschen Verbandes richten, sondern nur gegen jene Elemente, die unvorsätzlich die Rundschreiben verbreitet und in demagogischer Weise gegen unsere Organisation ausgefächelt haben.

Die zwingende Sprache der Tatsachen.

In der letzten Zeit haben sich in vielen Ortsgruppen unseres Verbandes in nicht geringem Umfange hinsichtlich der Beitragszahlung Zustände herausgebildet, die unbedingt auch an dieser Stelle einmal besprochen werden müssen. Es handelt sich darum, daß trotz Beschluß der verantwortlichen Verbandsinstanzen die Beiträge erheblich, zum Teil sehr erheblich, hinter einem Stundenverdienst zurückbleiben. In einer großen Anzahl von Ortsgruppen wurden in den letzten vier Wochen die Beiträge schon mehr dem Verdienst einer Arbeitsstunde angepaßt. Es muß sich aber unter allen Umständen in allen Bezirken und Ortsgruppen und bei allen Vorständen und Verbandsmitgliedern der Grundsatz noch viel mehr durchsetzen: Dem Verbandsmitglied einen Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Gewiß, die unter dem Zwange der Preisentwicklung in den letzten Wochen und Monaten häufiger erfolgten Lohnhöhungen bereiten Schwierigkeiten kassen-technischer Art. Wenn aber Lebensinteressen des Verbandes in Frage stehen, dann dürfen solche Hindernisse nicht unüberwindlich sein. Wir können sie jedenfalls heute nicht mehr gelten lassen. Heute muß energig darauf gedrungen werden, daß der fällige Beitrag nun endlich auf der ganzen Linie gezahlt wird. Eine überschlägliche Berechnung hat ergeben, daß die Verbandskasse durch die fahrigswidrige Beitragszahlung allein in einem Jahre um Millionenbeträge geschädigt worden ist. Wenn doch alle Mitglieder einmal darüber ernstlich nachdenken wollten, was mit diesen Summen auch heute noch angefangen werden könnte. Es kann schon bald die Zeit kommen, wo wir deren Sehnen bitter beklagen. Dann aber dürfte es vielleicht zu spät sein. Auf die eingangs erwähnten bedenklichen Vorgänge im Gewerkschaftsleben weist auch die „Baugewerkschaft“ (Nr. 44 vom 29. Oktober 22) hin. Dieses Organ des christlichen Bauarbeiterverbandes, dem wir auch die

vorstehenden Ausführungen entnehmen, erinnert u. a. an die bisher schon von der Arbeiterchaft errungenen sozialen Fortschritte, namentlich in der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Arbeiterchaft verdankt diese und andere Errungenschaften in der Hauptsache ihrer eigenen Kraft. Das ist eine Binsenwahrheit nur, gewiß, aber uns will scheinen, daß sie seit einiger Zeit von manchen Mitgliedern etwas leicht genommen, wenn nicht gar ganz vergessen wird. Die „Baugewerkschaft“ trifft vollkommen das Richtige, wenn sie weiter bemerkt: Die Frage der Zahlung der Beiträge hat für uns eine größere als nur eine finanzielle Bedeutung. Sie beweist uns, wie schnell gewisse Errungenschaften aus der Geschichte des eigenen Verbandes vergessen werden.

Und was das Organ unseres Bruderverbandes dann über die Geschichte des Verbandes, die bald ausschließlich nur über Kämpfe berichtet, ausführt, gilt sinngemäß auch für die Entwicklung unserer christlichen Textilarbeiterorganisation. Die Wahrheit ist auch für die Verhältnisse in unserem Verbandsbezirk die: Es ist um die Lebensverhältnisse unserer Arbeiter erst besser geworden, als sie sich zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe aufraffen. In jenen für den heutigen Zustand entscheidenden Kämpfen hat unser Verband bedeutende Leistungen vollbracht. Streiks begleiteten seinen Weg fast von der Geburtsstunde an. Das hat gewaltige Mittel erfordert, aber sie sind aufgebracht worden, aufgebracht aus eigener Kraft. Und fragt jemand nach den Erfolgen all der Anstrengungen und Opfer, nun, der beispiellose Siegeszug des Tarifvertragsgedankens gerade in unserer Industrie gibt eine Antwort darauf. Alle diese in opferreichen Kämpfen erzielten Erfolge aber waren nur möglich, weil im Verbandsbezirk frühzeitig der Grundsatz durchgesetzt wurde: Dem Verbandsmitglied einen Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Was die Preissteigerung für die laufenden Verbandsausgaben zu bedeuten hat, haben wir in der Nr. 31 unseres Verbandsorgans in einem Artikel geschildert, der überschrieben war: „Kleinigkeiten“ für das Mitglied — Millionen für den Verband. Die Vermaltungsausgaben steigen aber noch mit jedem Tage ins Riesenhafte. Unsere Organisation braucht wie jede andere Papier in großen Mengen. Das Papier ist aber ein Artikel, der im Verhältnis zu anderen ganz enorm im Preise gestiegen ist.

Zu diesen großen Ausgaben für Verwaltung usw. kommen aber in der nächsten Zeit sehr wahrscheinlich auch noch ganz erhebliche unregelmäßige Aufwendungen. In unserer Industrie machen sich bereits Anzeichen einer abflauenden Konjunktur deutlich bemerkbar. Die Rückwirkungen einer darniederliegenden Wirtschaft würde in erster Linie die Arbeiterchaft der Textilindustrie zu spüren bekommen. Harte Kämpfe um die Lohnfesthaltung werden die unausbleibliche Folge sein. Sie könnten nur dann siegreich durchgehalten werden, wenn den Mitgliedern wenigstens so viel Unterstützung gewährt wird, daß sie sich einigermaßen über Wasser halten können. Unterstützungen und Beiträge stehen nun einmal in unlösbarer Wechselbeziehung: ausreichende Unterstützungen ohne ausreichende Beiträge sind Unmöglichkeiten.

Zu all dem kommt noch die Sorge, was geschieht, wenn wir wieder einmal in größere Kampfhandlungen verwickelt werden sollten. Es ist darum auch keine Schwarzseherei, wenn wir mahnen, auch diese Möglichkeit ins Auge zu fassen. Man braucht nur eine gewisse Preise regelmäßig zu lesen, um zu sehen, woher der Wind weht. Gewiß, wir würden auch dann noch nicht untergehen. Es müßten dann außergewöhnliche Opfer von den Mitgliedern in Form von Extrabeiträgen verlangt werden. Der bessere und sichere Weg aber ist zweifellos, beizeiten für einen ausreichenden Kampffähigkeit zu sorgen.

Unbedingt notwendig ist darum vor allem, daß in Zukunft gleich nach Abschluß einer jeden Lohnbewegung auch sofort eine entsprechende Neufestsetzung der Beiträge erfolgt. Es muß fröhe darauf gesehen werden, daß in allen Verbandsbezirken und von allen Mitgliedern den hier einschlägigen statutarischen Bestimmungen voll und ganz Rechnung getragen wird. Absatz 1 des Paragraphen 26 unserer Verbandsstatuten bestimmt ausdrücklich:

„Die Höhe des Wochenbeitrages soll sich dem Verdienste bzw. tarifmäßig festgesetzten Stundenlohn anpassen.“

Die Notwendigkeit der hier besprochenen Maßnahmen werden hauptsächlich bedingt von den beiden Faktoren Selbstwertung und Preiserhöhung. Hinzu kommt die Sorge für eine genügende Unterstützung unserer Mitglieder bei Streiks oder Arbeitslosigkeit. Wir schließen für dieses Mal unsere Darlegungen mit den Schlusssätzen in dem Artikel: „Ein ernstes Wort in ernster Sache“ der „Baugewerkschaft“, Nr. 44 vom 29. Oktober: „Die Zeichen der Zeit erkennen und darnach handeln.“ Wir können diese Mahnung den Mitgliedern nicht eindringlich genug zurufen. Die Arbeiterchaft ist noch nicht über den Berg hinweg. Manche Errungenschaften der Neuzeit sind noch nicht endgültig gesichert — es wird darum noch einmal gekämpft werden müssen. Dazu gehört nicht nur der Achtstundentag. Und der Dollar steht auf 5000! Eine Preiswelle wird in den nächsten Wochen über uns hereinbrechen, die alles Dagegen in den Schatten stellt. Und doch ist wahrscheinlich der tiefste Punkt des Tales, das wir durchschreiten müssen, noch nicht erreicht. Wenn die Arbeiterchaft jemals starke, schlagbereite Gewerkschaften notwendig hätte, dann in dieser kommenden Zeit. Darum nur jetzt nicht nachlassen, nicht müde werden! Verloren ist nur, wer sich selber aufgibt. Und wir wollen nicht verloren sein. Dann aber muß es heißen: Dem Verbandsmitglied einen Stundenlohn als Wochenbeitrag.

Die Tragödie in der Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei Kaufbeuren.

Vor ungefähr 1 1/2 Jahren jagte der damalige Vorsitzende des süddeutschen Textilarbeiterverbandes: „Meine Herren, sind Sie doch froh, daß die Betriebe große Kämpfe machen. Wenn einmal eine schlechte Zeit für die Textilindustrie kommt, dann können wir auch die Arbeiterchaft leichter über Wasser halten.“ Diese Zeit ist gekommen. Leider läuft heute der Textilarbeiterchaft das Wasser in den Mund. Sie droht zu ertrinken. Ein Textilmagnat steht mit verschrankten Armen am Ufer und macht nicht die leiseste Miene, den Ertrinkenden Rettung zu bringen.

Diese wenigen Sätze sollen vorausgeschickt werden, um die Lage der Textilarbeiterchaft in Kaufbeuren zu kennzeichnen.

Der Kaufbeurer Betrieb mit etwa 800 Beschäftigten hat in der Vor- wie in der Nachkriegszeit sehr gut floriert. Im August dieses Jahres fing es an zu hapern. Die Betriebsleitung hat falsch spekuliert und der Kredit kam ins Wanken. Der benachrichtigte Aufsichtsrat berief eine Generalversammlung ein und da stellte sich heraus, daß der Hammer-Konzern, an der Spitze Herr Generaldirektor Häcker von Osnabrück, 75 Prozent der Aktien im Besitz hat. Mit dieser Dreiviertel-Majorität war auch die Richtigkeit des Betriebes dahin und nur allzu bald sollte die Arbeiterchaft zu spüren bekommen, was die Macht eines Konzerns zu bedeuten hat.

Den Aufmarsch eröffnete ein Direktor Aulerer aus Rheine, der die Rentabilität des Betriebes zu untersuchen hatte und zu dem Ergebnis kam, daß 200 Arbeiter zu viel beschäftigt seien. Dieses Gutachten machten sich die Betriebsleitung zu Nutzen, indem sie sagten: „Zuerst Sanierung des Betriebes und dann Kredit.“ Mit anderen Worten: „Zuerst müssen die 200 Leute entlassen werden, dann wird Kredit gewährt.“ Zur Information, mit welcher Brutalität das Gutachten des Herrn Aulerer durchgeführt werden sollte, soll nachstehendes dienen:

Der Betriebsleiter war während der Abwesenheit des Herrn Aulerer beurlaubt. Wieder als Direktor eingesetzt, aber mit gar keinen Vollmachten, hat er durch den Betriebsrat (!) der gesamten Spinnereiarbeiterchaft gekündigt. Auf des Angehörigen ausserordentlich wurde die Kündigung zurückgezogen. Daraufhin hat die Betriebsleitung beim Demobilisierungsausschuss (Regierungsausschuss von Sigmaringen und Neuburg) die Betriebsstilllegung der Spinnerei beantragt. Die Organisationsvertreter bemühten sich momentlang, um zu erreichen, daß die Demobilisierungsvorordnung vom 12. 2. 20 zur Anwendung kommt, aber alles umsonst. Von Osnabrück aus wurde ein Diktat ausgeübt, daß keinesgleichen noch gesucht werden muß. Der Demobilisierungsausschuss hat telegraphisch Herrn Direktor Häcker um eine persönliche Aussprache gebeten. Die Antwort war: „Häcker erkrankt, Besuch der Arbeitervertreter zwecklos.“ Inzwischen drohte schon das Gepein der Arbeitslosigkeit. Wegen Rohstoffmangel wurden Betriebsstätten eingelegt. Um nun doch eine gütliche Einigung zu bringen, wurde, um den Betrieb finanziell zu entlasten und der Arbeiterchaft noch für ein paar Monate Verdienst zu ermöglichen, von den Arbeitervertretern folgender Vorschlag gemacht: 1. An Stelle der künftigen Entlassungen: Sanierung in der Weise, daß ständig bis zum 15. Dezember 1922 etwa 80-100 Personen ohne Lohnanspruch außer Arbeit

Es ist höchste Zeit,

daß alle Mitglieder unseres Verbandes erkennen, daß sie ihren gewerkschaftlichen Kampfslogan härten müssen. Nehmt ihnen aber diese Einsicht, so werden sie bald zehn- und hundertfach das entbehren müssen, was sie jetzt noch durch Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfmittel sich erhalten können.

leben, wobei an einen mindestens 14-tägigen Schichtwechsel gedacht ist.

2. Die Arbeiterschaft verzichtet auf alle Lohnforderungen für die jährige Feiertzeit, soweit gesetzliche Ansprüche bestehen sollten.

3. Ab 15. Dezember 1922 ist die Gesellschaft berechtigt, Beurlaubungen von Arbeitern ohne Anspruch auf Sozialversicherung vorzunehmen, falls sich bis zu obigem Termin ergeben sollte, daß der Betrieb noch nicht rationell genug arbeitet.

Schon dieses, kaum zu verantwortende Angebot fand vor dem Allgemaligen in Osnaabrück keine Gnade. Immer kam nur die Antwort: „Die Entlassungen müssen durchgeführt werden, oder es wird kein Kredit gewährt, somit der ganze Betrieb stillgelegt.“

Zur größten Ueberraschung der Arbeiterschaft wurde dann die Stilllegung von Demobilisierungskommissionen genehmigt. Das Frappierende an dieser Entschliessung war, daß die Vorschläge der Arbeitnehmer gar keine Berücksichtigung fanden. Damit war die Spinnerarbeiterschaft dem kapitalistischen Terror ausgeliefert und am 26. Oktober wurde 348 Leuten die Kündigung zugestellt.

Bis dahin war von der Weberei nichts erwähnt worden und glaubte man, daß dort Entlassungen nicht in Aussicht ständen, weil eine dahingehende Erklärung der Betriebsleitung abgegeben war. Auch da sollte die Enttäuschung nicht ausbleiben und ist eine Woche später 70 Webern und Weberinnen gekündigt worden.

Die Organisationen haben sich nach all diesen Vorkommnissen an das Sozialministerium gewandt und die Ingelegenheit dem Herrn Minister unterbreitet mit der Bitte, vermittelnd einzugreifen. Auch der Stadtrat Kaufbeuren hat sich in dankenswerter Weise beim Au ditsrat bemüht, die Entlassungen hintanzuhalten, allerdings auch ohne Erfolg. Ausschussvorsitzender ist Herr Jäcker.

Am Donnerstag, den 9. November, fanden nun auf Einladung des Sozialministeriums Verhandlungen in Kaufbeuren statt, zu der die Herren Jäcker-Osnaabrück, Sanitätsdirektor Engelender-Kaufbeuren, Bürgermeister Dr. Kalkswardt-Kaufbeuren, die Regierung von Schwaben und Neuburg und die Organisationen sowie der Betriebsrat geladen waren. Leider haben sich die beiden ersteren Herren, welches die Verantwortlichen sind, telegraphisch entschuldigt. Den ganzen Tag zogen sich die Verhandlungen hin und war das Ergebnis sehr minimal. Als Haupterfolg konnte gebucht werden, daß das Sozialministerium beim Demobilisierungskommissar versuchen wird, die Entschliessung zur Stilllegung der Spinnerei zu annullieren, die Entlassung der gesamten Arbeiterschaft hintanzuhalten, um dadurch ihren durch langjährige Dienstleistung erworbenen Rechte nicht verlustig zu gehen. Außerdem haben diejenigen Arbeiter, die vorerst nicht weiter beschäftigt werden können, ein Vorrecht auf Beschäftigung, sobald weitere Arbeitskräfte benötigt werden.

Inzwischen hat auch der Demobilisierungskommissar die Aufhebung seiner Entschliessung vollzogen.

Der bayerische Bezirk unseres Verbandes hat in seiner Konferenz zu der Kaufbeurer Angelegenheit Stellung genommen und ist die Entschliessung in Nr. 45 unserer Verhandlungsberichte veröffentlicht. Auch die Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe Kaufbeuren erhob ihre warnende Stimme, die ihren Niederschlag in folgender einstimmig angenommenen Entschliessung fand:

Die am 23. Oktober 1922 stattgefundene Mitgliederversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe Kaufbeuren, schließt sich den Ausführungen unserer Kollegen Egger an.

Sie verurteilt das Vorgehen des Hammerkn-Konzerns, die Arbeiter in der Spinnerei rücksichtslos zu entlassen. Bei einigem guten Willen hätte die Direktion den Vorschlag der Organisationen annehmen können, wonach im Schichtwechsel gearbeitet werden soll, um die Entlassungen über den Winter hinaus zu verhüten.

Die Versammlung erhebt härtesten Protest gegen die Stilllegung des Betriebes, die von Demobilisierungskommissar erteilt wurde. Nicht berücksichtigt worden sind bei dieser Entschliessung die Gegenvorschläge der Arbeiterschaft.

Die versammelten Kollegen und Kolleginnen geloben, einmütig hinter ihrer Organisation und ihren Führern zu stehen und werden mit allen Mitteln kämpfen, den kapitalistischen Terror zu brechen.

Da in der Deftlichkeit volle Unklarheit über die Vorkommnisse in der Reich. Baumwoll-Spinnerei und Weberi Kaufbeuren besteht, werden die Organisationsleiter beauftragt, in geeigneter Weise eventl. in der Presse Aufklärung zu geben.

Damit hat wieder einmal ein Konzern bewiesen, mit welcher Rücksichtslosigkeit das Kapital die Arbeiterschaft ansieht. Einhalbhundert fischen jetzt auf der Straße und wissen nicht, woher sie Brot nehmen sollen. Die Löhne waren immer so niedrig, daß Brotkäse nicht eingekauft werden konnten. Niemand konnte sich mit Brennstoffen einkaufen. Der Winter hat bereits eingesetzt und ein unheimlicher Mensch hat mit rauher Hand viele Existenzen in bittere Not gestürzt.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet.

Monat Oktober.

A) Die Beschäftigung.

50 Ortsgruppen berichteten über 141 227 Verbandsangehörige. Nicht erfasst wurden 29 Gruppen mit 5 046 Mitgliedern. Es ist sehr bedauerlich, daß auch in dem Augenblick, wo der monatlichen Berichterstattung wegen des starken Anstieges der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit jetzt hohe Bedeutung zukommt, immer noch eine erhebliche Zahl der Mitglieder unberücksichtigt bleibt. Dem größten Teil handelt es sich immer wieder um dieselben Gruppen, die trotz eifriger Mahnung ihrer Verpflichtung nicht nachkommen.

Vom Bezirk Greifeld und Baden wurden die Karten nicht eingereicht. Seit dem 1. Oktober sind auch die Karten

und Württemberg. Nachen könnte zu den plunklichsten Bezirken gerechnet werden, wenn es gelänge, auch die drei kleinen Gruppen Alf, Birgden und Effenstätt zu bewegen, ihre Karte zu übersenden. Diese drei Gruppen haben im Jahre 1922 kaum eine Meldung überfandt. Vom Bezirk Barmen fehlt fast in jedem Monat die Ortsgruppe Herdecke. Von Westfalen fiel die große Zahlstelle Nordhorn aus. Am unplunklichsten waren die beiden Sekretariatsbezirke Fulda und Heiligenstadt.

Die Meldungen waren durchweg gut ausgefüllt. Nur hier und da sind die Zahlen gebankenlos hingeschrieben und auch bei den Sekretariatsleitungen nicht geprüft worden. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß wir nur über die Arbeitslosen und Kurzarbeiter berichten, die unserem Verbandsangehörigen sind. Die Mitglieder anderer Verbände interessieren uns bei der monatlichen Berichterstattung durchaus nicht. Von Gütersloh (Westfalen), Leinzell (Württemberg) liefen die Nachmeldungen doppelt ein. Beim Vergleich der Zahlen zeigten sich ganz erhebliche Unterschiede.

B) Die Beschäftigungslage.

Die Kurve der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist auch in diesem Monat wieder ganz gewaltig gestiegen. Die höchsten Zahlen des Jahres 1922 sind schon ganz erheblich überholt, wie aus der untenstehenden Tabelle hervorgeht.

Monat	Arbeitslose			Kurzarbeiter		
	männl.	weibl.	zul.	männl.	weibl.	zul.
Januar 1922	238	536	774	1146	2765	3911
Februar 1922	134	410	544	486	1325	1811
März 1922	87	287	374	448	1756	2204
April 1922	46	102	148	637	1548	2185
Mai 1922	115	312	427	651	1592	2243
Juni 1922	108	217	325	806	1939	2745
Juli 1922	70	79	149	349	1102	1451
August 1922	77	156	233	831	2250	3081
September 1922	78	264	342	1214	4097	5311
Oktober 1922	446	1364	1810	2939	7934	10873

Opferwille

ist die Voraussetzung aller erfolgreichen Verbandsarbeit. Nur eine unseren Stundenlöhnen entsprechende Erhöhung der Beiträge leistend aller Verbandsmitglieder führt

zur Stärkung unserer Verbandsstaffe, der unerlässlichen Grundlage kraftvoller Verbandsarbeit. Sie bringt uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, eine Lebensgemeinschaft aller christlich-nationalen Arbeitnehmer, Gleichberechtigung als Berufs- und Staatsangehörige, Sicherheit und Schutz im Lebenskampf. Höhere Beiträge fordert daher unser Verband nicht für sich, sondern nur zu ihrem eigenen Besten.

Die Zahlen verteilen sich im Monat Oktober auf die einzelnen Bezirke wie folgt:

Bezirk	Arbeitslosigkeit			Kurzarbeit		
	männl.	weibl.	zul.	männl.	weibl.	zul.
Greifeld	70	101	171	223	642	865
M-Glabbad	169	459	628	537	1324	1861
Nachen	5	19	24	55	253	308
Barmen	43	207	250	451	1254	1705
Westfalen	181	311	492	881	1509	2390
Hannover	1	7	8	51	241	292
Schlesien	2	31	33	95	323	418
Sachsen	26	82	107	502	1205	1707
Bayern	11	122	133	48	173	221
Baden	2	34	36	50	426	476
Württemberg	—	11	11	105	584	689

Scharf betroffen werden vor allem Greifeld, M-Glabbad, Barmen, Westfalen und Sachsen. In Nachen, Baden und Bayern dürfte die Beschäftigungslage im allgemeinen noch als gut bezeichnet werden. Württemberg, Hannover und Schlesien haben verhältnismäßig wenig Arbeitslose, aber viele Kurzarbeiter.

Die große Wirtschaftskrise zeigt schon in der Textilindustrie ganz erhebliche Folgen. Aller Voraussicht nach werden die nächsten Monate weitere Verschlechterungen bringen. Wir haben jetzt alle die Pflicht, in erhöhtem Maße der statistischen monatlichen Erhebungen die größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Verbandsleitung muß, um ihre Aufgaben erfüllen zu können, über die Vorgänge in den Bezirken genau unterrichtet sein.

Allgemeine Rundschau.

Die folgende Tabelle zeigt die vom statistischen Reichsanst berechnete Reichsindex für die Lebenshaltungskosten, Anwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung, in dem Durchschnitt des Monats Oktober auf 22 066 gestiegen gegenüber 13 319 im Monat September. Die Steigerung beträgt demnach 67 v. H. Ohne die Bekleidungsansgaben, die erst seit einigen Monaten in die Berechnung mit eingeschlossen werden, stellt sich die Indexziffer auf 19 504, was eine Steigerung von 71,4 v. H. gegenüber der entsprechenden Ziffer des September (11 376) bedeutet. Die Bekleidungsansgaben haben sich demgemäß nach den vor-

ausgegangenen außerordentlichen Steigerungen im Oktober nicht in gleich starkem Maße verteuert wie die übrigen Lebensbedürfnisse zusammengenommen. Neben diesen monatlichen Durchschnittsziffern wurde noch eine Stichtagsziffer für den 25. Oktober berechnet. Danach ergibt sich für Monatsende eine Indexziffer der gesamten Lebenshaltungskosten von 24 702 oder eine Steigerung auf das 247 fache des Vorkriegsstandes.

Das Wesen der „freien“ Gewerkschaften.

Mit der Lockung ihrer parteipolitischen und religiösen Neutralität betrieben die freien Gewerkschaften seit Jahren Mitgliederfang und täuschen weite Kreise der Arbeiterschaft über ihre wahren Ziele. In Wirklichkeit ist nicht die parteipolitische, sondern lediglich zwischen den sozialistischen Parteien geübte Neutralität der freien Gewerkschaften die Voraussetzung ihrer Wirksamkeit. Nach einem Eingeständnis des Organs des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes erstreben die freien Gewerkschaften ja mit aller Macht den Sozialismus. Es kann infolgedessen als sozialistisches Organ angesprochen werden. Nichtsdestoweniger haben die freien Gewerkschaften neuerdings heftig darüber Beschwerde geführt, daß die Geistlichkeit ihr Christentum feindsüchlig hingestellt hat. Eine derartige Beschwerde ging auch der bischöflichen Behörde in Trier zu. Diese hat daraufhin folgende treffliche Antwort erteilt: „Die Behauptung, es handle sich im vorliegenden Falle um rein wirtschaftliche Organisationen, widerspricht ebenso den Tatsachen, wie dem programmatischen Bekenntnis. Die sogenannten freien Gewerkschaften sind die sogenannten Schrittmacher der kirchlichen und religionsfeindlichen Anschauung der sozialistischen Weltanschauung und gehen augenscheinlich darauf aus, ihre Mitglieder allmählich mit sozialistischen Anschauungen zu erfüllen, die mit den wahren Grundgeden der katholischen Kirche in unlöslichem Widerspruch stehen. Wenn demnach die katholische Geistlichkeit die Zugehörigkeit zu derartigen Vereinen für unerlaubt, und den Austritt aus ihnen grundsätzlich als Pflicht erklärt hat, so hat sie nur das getan, was sie zu tun verpflichtet war. Eine Schädigung der materiellen Interessen katholischer Arbeiter kommt hierbei schon deshalb nicht in Frage, weil die Organisation der christlichen Gewerkschaften in der Lage ist, in dieser Beziehung allen berechtigten Forderungen und Wünschen zu entsprechen. Der soziale Sinn unseres Klerus, der für die materielle Seite der Arbeiterschaft immer ein opferfreudiges Verständnis gehabt hat, sollte vor der Verächtlichung geschützt sein, seine grundsätzliche Stellungnahme gegenüber den sogenannten freien Gewerkschaften entsprechend anderen Motiven als rein sektorgerischen und religiösen Erwägungen.“ Möge diese deutliche Antwort die Beachtung aller finden, die trotz ihrer christlichen Weltanschauung nicht den Mut haben, den freien sozialdemokratischen Gewerkschaften resolut den Rücken zu kehren und sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen.

Aus unserer Industrie.

Die die Baumwolle nach Deutschland kam.

Das erste Baumwollschiff ist vor kurzem nach fünfjähriger Pause im Hamburger Hafen angekommen und brachte uns zum ersten Male wieder größere Mengen dieses Rohstoffes, unter dessen Mangel wir so sehr zu leiden hatten. Man hat die jährliche Weltproduktion an Baumwolle vor dem Kriege mit einem Wert von über 4 1/2 Milliarden Mark berechnet und die durch die Baumwolle jährlich geschaffenen Werte auf weit über 10 Milliarden angegeben. Von den 1 1/2 Milliarden Menschen, die auf der Erde leben, kleiden sich vier Fünftel, also 1200 Millionen, im wesentlichen in Baumwolle, und mindestens 25 Millionen Menschen hängen in ihrer ganzen Existenz von dieser so überaus wichtigen Nutzpflanze ab. Lange Zeit freilich hat sich die Menschheit ohne die Baumwolle behaupten müssen. In keiner der ältesten Kulturen der Menschheitsgeschichte, weder in Ägypten, noch in Babylonien, noch in Indien oder China, spielte die Baumwolle eine irgendwie hervorragende Rolle. Die erste positive Nachricht über eine Baumwollkultur stammt überhaupt erst aus der Mitte des viernten vorchristlichen Jahrhunderts von Theophrast. Ihren eigentlichen Aufschwung nahm die Verwertung der Baumwolle erst mit der Entdeckung der neuen Welt, und die Vereinigten Staaten haben seitdem in der Baumwollerzeugung die führende Stellung eingenommen. Für den alten Deutschen war jedenfalls ein Baumwollstoff etwas ganz besonders Seltenes und Kostbares. Gregor von Tours berichtet in seiner Chronik als eine erstaunliche Begebenheit, daß im Jahre 580 ein Fremder zu Tours erschien, der über einem Rock ohne Nermel einen Mantel von Baumwolle trug. Die Zelte, die der Kalif Harun al-Raschid 807 Karl dem Großen schenkte, wurden hauptsächlich deswegen bewundert, weil sie aus Baumwollzeug bestanden.

Aus unserer Bewegung.

Bezirkskonferenz am 28. und 29. Oktober 1922 in Nachen. Unsere diesjährige Bezirkskonferenz tagte in dem renovierten Konferenzzimmer unseres Gewerkschaftshauses. Vor Eintritt in die Tagesordnung dankte der Kollege Lance-Brand im Namen der Subilare für die schöne Ehrung, welche den Jubilaren zuteil geworden. Hierauf erhielt der Kollege Franz Fischer das Wort zu seinem Vortrag: „Das Weltwirtschaftsprogramm und seine Verwirklichung.“ Mit großem Beifall wurden die Ausführungen des Kollegen Fischer aufgenommen. Kollege Weber dankte im Namen der Delegierten und drückte die Hoffnung aus, daß wir im Laufe dieses Winters noch öfters den Kollegen Fischer im Nachener Bezirk begrüßen könnten. Hierauf erstattete Kollege Weber seinen Bericht über die Lage im Bezirk. Er ging zunächst auf die Grenzschwierigkeiten ein, die sich besonders hier in Nachen zeigen. Ein großer Teil deutscher Arbeiter nimmt als Lohnbrüder

Die kommenden schweren Wirtschaftskämpfe

Kämpfe von den Gewerkschaften nur dann erfolgreich bestanden werden, wenn diese rechtzeitig ihre finanzielle Kraft stärken. Für jedes Verbandsmitglied muß darum die Parole lauten: Einen Stundenlohn als Wochenbeitrag für den Verband.

für die holländischen Arbeiter in Holland Arbeit an, wogegen andererseits durch Holländer in Nachen und weit darüber hinaus Lebensmittel und sonstige lebensnotwendige Bedarfsartikel aufgekauft werden. Dadurch erreichen die Preise für diese Gegenstände in der Nachener Gegend eine Höhe, wie sie sonst in Deutschland nicht zu finden sind. Dann wies er auf die Lohnschwierigkeiten hin, die durch die fortwährenden Lohnverhandlungen entstehen, weil die Verhandlungen, in Ermangelung einer Zentral-Arbeitsgemeinschaft, sehr zeitrauend und verschiedenartig seien. Die Mitgliederentwicklung ist als gut zu verzeichnen. Die Zahl hat sich von 11 840 am 1. Juli 1921 auf 15 125 am 1. Juli 1922 gesteigert. Mit hin eine Zunahme von 3 285. In derselben günstigen Weise haben sich auch die Kassenverhältnisse entwickelt; allerdings muß dabei betont werden, daß im Hinblick auf die kolossale Geldentwertung die Kassenverhältnisse nicht als günstig bezeichnet werden können. Die Gesamteinnahmen betragen in der Berichtszeit M. 3 296 673,15. An Bar an die Zentrale wurden M. 3 086 308,26 abgeführt. An Unterstützungen wurden M. 210 364,59 ausgegahlt. Der Bestand der Ortsgruppenkassen ist von M. 81 742,23 im dritten Quartal 1921 auf M. 127 479,96 im zweiten Quartal 1922 gestiegen. Der Kassenbestand in der Bezirkskasse betrug am 1. April 1922 M. 187 746,98. Weiter berichtete Kollege Weber über den günstigen Verlauf der diesjährigen Betriebsratswahl. Es wurden gewählt 350 christliche, 184 „freie“ und 4 H. v. D. Betriebsräte. Ferner sind zwei unserer Kollegen als Betriebsräte in den Aufsichtsrat gewählt worden, und zwar der Kollege Chr. Bouffreau für die Glasstofffabriken in Oberbruch und der Kollege Joh. Steinbach für die Luchfabriken in Nachen, A.-G. Bezüglich der Schulungs- und Agitationsarbeit ist im Laufe der Berichtszeit das Möglichste getan worden. Leider mußte die Arbeit sehr oft durch die vielen Lohnbewegungen zurückgestellt werden. Allerdings wird im Laufe des Winters im ganzen Bezirk mit Nachdruck diese Schulungs- u. d. Agitationsarbeit systematisch in Angriff genommen werden. Bezüglich unserer Tageszeitung „Der Deutsche“ berichtete Kollege Weber, daß im Laufe des vierten Quartals eine erhebliche Teuerung eingetreten sei, daß aber versucht werden muß, das Opfer im Interesse unserer Bewegung zu bringen. Auch in der Beitragsfrage muß in Zukunft immer Grundlag sein, einen Stundenlohn als Wochenbeitrag zu zahlen, nur so ist es möglich, die Einnahmen mit den wesentlich erhöhten Ausgaben im Einklang zu bringen. Nur so ist es auch möglich, die Stofkraft unseres Verbandes zu sichern und zu erhalten. Zum Schlusse dankte Kollege Weber allen denjenigen, die im Laufe des Jahres treu mitgearbeitet haben, um das Ansehen des Verbandes zu wahren und die denselben vorwärts gebracht haben. Reicher Beifall wurde dem Kollegen Weber für seine treffenden Ausführungen zuteil.

Am Anschluß an den Geschäftsbericht des Kollegen Weber wußte das Wort unser Zentralkassierer, Kollege Heinr. Schaffrath. Er wies auf die Störungen hin, die an der Zentrale entstehen, wenn die Abrechnungen nicht rechtzeitig und in allen Punkten genau ausgefüllt ankommen. Daß die Ausgaben für alle Artikel, die im Verbandswesen nötig sind, in erschreckendem Maße gestiegen seien und daß deshalb unbedingt an dem Grundlag festgehalten werden soll, die Beiträge einem Stundenverdienst anzupassen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen, um am nächsten Tage punkt 10 Uhr wieder zu beginnen. Kollege Ewald Weber eröffnete die zweite Sitzung und wurde zunächst in die Diskussion über die gestern gehörten Vorträge eingetreten. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen der Referenten. Hierauf erhielt Kollege Graf-Nachen das Wort zu seinem Vortrage über „die Schulungs- und Agitationsarbeit im kommenden Winter.“ Kollege Sauren-Düren sprach über „Beitragsregelung und Unterstützungen unseres Verbandes.“ Eingangs seiner Ausführungen hob er es als eine Selbstverständlichkeit hervor, daß sich die Höhe der Beiträge immer einem Stundenverdienst anpassen sollte. Ganz besonders sei es heute notwendig, die Stofkraft des Verbandes zu wahren, weil sonst die Organisationen durch das Vorgehen gewisser Kreise im Arbeitslager (Dr. Klaus, Berlin) sehr bedroht sind. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Delegierten den Ausführungen und zeigten reichem Beifall.

Am Anschluß an die Vorträge erfolgte eine rege Diskussion. Kollegin Berens-Nachen berichtete über die Schwierigkeiten in der Agitation, die mit den Präziden der katholischen Jungfrauenkongregationen bestanden hätten. In der letzten Zeit sei allerdings eine Wendung zum Besseren eingetreten. In der Arbeiterinnenfrage müsse noch vieles geleistet werden. Alle Kollegen wurden um Unterstützung auf diesem Gebiete gebeten. Kollegin Wollasky-Düsseldorf behandelte die Schulungsmöglichkeiten unserer Kolleginnen. Dem besonderen Charakter der Frau müsse Rechnung getragen werden. Auch sei die Abhaltung von hauswirtschaftlichen Kursen für unsere Arbeiterinnen von großer Wichtigkeit.

Kollege Weber berichtete noch über die Beitragszahlung bei Kurzarbeit und wurden die Beiträge für diese Kollegen wie folgt geregelt: a) ist die Arbeit auf vier Tage oder 32 Stunden in der Woche eingeschränkt, so bleibt die dritte Woche beitragsfrei; b) beträgt die Arbeitszeit bis zu drei Tagen oder 24 Stunden in der Woche, so wird in einer der Beiträge erhoben und die andere Woche bleibt beitragsfrei. Zur Kontrolle der Kurzarbeiter sollen Kontrollzettel mit dem Stempel der Ortsgruppe oder des Sekretariats an die Betriebsratsmitglieder, welche als zuverlässig gelten, abgegeben werden. Die Betriebsratsmitglieder sollen auf diesen Zettel die Dauer der Kurzarbeit bescheinigen.

Hierauf erfolgte die Wahl des Bezirksbeirats. Die bisherigen Beiratsmitglieder wurden wiedergewählt mit Ausnahme des Kollegen Dammers-Düren. An seine Stelle tritt der Kollege Joseph Briem-Düren, Frankenstr. 35. Zum Schlusse erhielt noch einmal unser 2. Zentralfürsorgekollege Fischer, das Wort und ermunterte nochmals alle Anwesenden im Laufe des kommenden Winters ihre ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen. Er verlas dann folgende Resolution, die von allen Delegierten einstimmig Annahme fand:

Die Konferenz weist mit allem Nachdruck auf die ungemein schwierigen Verhältnisse hin, wie sie durch die fortwährende Entwertung der Mark für die breitesten Volksschichten, insbesondere des besetzten Gebietes, in verstärktem Maße geschaffen wurden. Die Preise für Lebensmittel und für die sonstigen lebensnotwendigen Bedarfsartikel haben eine Höhe erreicht, die jeden Arbeiter und Volkstreue nur mit Grauen an die Zukunft denken läßt. Die Konferenz glaubt darum ihrerseits, an die produzierenden Stände, in Industrie und Landwirtschaft, sowie an die Kreise des Groß- und Kleinhandels die dringende Anforderung richten zu müssen, mit ihren geschäftlichen Maßnahmen, insbesondere der Preiskalkulation, sich mehr wie bisher von gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen.

Von der Regierung erwartet die Bezirkskonferenz, daß sie ohne Rücksicht auf etwaige Interessentenkreise mit fester Hand und eiserner Konsequenz all jene Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die gegenwärtige Not zu lindern. Die Konferenz verweist hierbei insbesondere auf die diesbezüglichen Forderungen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund auf seiner großen Ausschusssitzung in Halle aufgestellt hat und deren Berücksichtigung sie der Regierung dringend ans Herz legt. Die Konferenz ist sich allerdings der Tatsache bewußt, daß der tiefste Grund und die eigentliche Ursache all unseres Elends in den unerfüllbaren Forderungen des Versailler Friedensvertrages, in der durch das immer noch ungelöste Reparationsproblem geschaffenen Unsicherheit zu suchen ist. Dieses Bewußtsein und diese Ueberzeugung in allen Volksschichten wachzurufen und zu stärken, betrachtet die Konferenz als unabweisbare Pflicht, damit unser Volk mehr und mehr in geschlossener Einheitsfront all jene Maßnahmen der Regierung füt, die bezwecken, den auf uns lastenden außenpolitischen Druck zu erleichtern und das Volk aus dem gegenwärtigen Elend herauszuhelfen.

Endlich glaubt die Konferenz noch auf die sich in der Textilindustrie bemerkbar machende Krise hinweisen zu müssen. Sie erwartet von den Arbeitgebern, daß sie sich bei notwendig werdenden Betriebsbeschränkungen in loyaler Weise mit den Betriebsräten über die zweckmäßigste, für

flimmen sollen. Die weiteren Beschlüsse der Konferenz im Anschluß an den Vortrag des Kollegen Maier bezwecken die Einschränkung der Ausgaben des Verbandes und eine Stärkung der Bezirkskasse. Um 10.30 wurde der erste Verhandlungstag geschlossen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am Sonntag vormittag kurz nach 9 Uhr hielt Kollege Büchsenhüh ein Vortrag über „Das Wirtschaftsprüfungswesen der christlichen Gewerkschaften“. In klarer, allgemein verständlicher Form wußte der Redner die programmatischen Forderungen der christlichen Gewerkschaften den Konferenzteilnehmern vorzutragen. Gepannte Aufmerksamkeit während des Vortrages und reicher Beifall am Schlusse zeigten, wie sehr der Redner den Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte. Eine Aussprache wurde allgemein nicht gewünscht. Es wurden nun die noch vorliegenden Anträge beraten und im Anschluß daran die Wahlen getätigt. Als Bezirksleiter wurde Kollege Jungnickel wieder- und als Stellvertreter Kollege Maier neu gewählt. Der Bezirksbeitrag sollte mehrfachen Wünschen entsprechend nicht mehr wie bei der letzten Wahl den beiden Ortsgruppen Reichenbach und Langenbielau allein, sondern dem ganzen Gebiet des Bezirks entnommen werden. Es wurden in den Bezirksbeitrag gewählt die Kollegen Härtelt-Langenbielau, Hoffmann-Reichenbach, Reinelt-Landeshut, Weiser-Mittelwalde, Frisch-Dauban und die Kollegin Rieger-Neustadt (N.-S.).

Im Schlußwort dankte der Bezirksleiter allen Delegierten und Mitarbeitern für deren Betätigung im Dienste der Organisation und ihre Opferwilligkeit, gab Anregungen für die fernere Mitarbeit und bat um ihre weitere Betätigung.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Dülken. Unsere am 12. 11. 1922 tagende Mitglieder-versammlung war gut besucht. Der Geschäftsführer, Kollege K ü s g e s, erstattete den Kassenbericht. Von den Revisoren in bester Ordnung besunden, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Delegiertenwahl zu der am 19. November stattfindenden Bezirkskonferenz in Crefeld hatte folgendes Ergebnis: die Kollegen Krings, Henkes, Cläßen und Kollegin Kluth. Hierauf ergriff der Kollege B e r h u f e n das Wort zu seinem Vortrage Solidarismus. Er schilderte in einer kurzen, wohlangelegten Rede den wahren Sinn und den Zweck des Solidarismus. Besonders hob er den christlichen Solidarismus hervor. Erst dann, wenn der christliche Solidarismus die Egoismus und den Egoismus überwunden haben wird, erst dann werden wir einer besseren Zukunft entgegengehen. Wenn in der Zukunft auf unserm Wegweiser das Wort steht: Christlicher Solidarismus, so werden wir nicht fehl gehen. Unter Punkt Beschiedenes machte der Vorsitzende die Mitteilung über das Schreiben des Bezirksleiters Müller betreffs weiterer Ausbildung von Kollegen und Kolleginnen. Des ferneren über den neuen Beitrag ab 25. November. Hierauf schloß der Vorsitzende Kollege K r i n g s die Versammlung mit den Worten, immer treu für die Organisation zu werben und einzutreten, denn auch heute gilt noch das Wort: Einigkeit macht stark.

Kalterherberg. Am Sonntag, den 5. November, hatte der Vorstand seine Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen. Trotz Winterlandschaft war man der Einladung zahlreich gefolgt. Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden Kollegen S c h m i g erteilte derselbe dem Kollegen M i c h. B a r t h o l o m ä u s-Nachen das Wort zu seinem Vortrage über die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften. Dieser betonte, daß wir uns nicht nur christlich nennen dürfen, sondern daß wir Christen der Tat sein müssen. Nicht Eigennutz und Wucher, sondern nur Gerechtigkeit und Nächstenliebe können uns vorwärts bringen. Der Redner bat die erwachsenen Mitglieder, sich besonders der jugendlichen Mitarbeiterarbeit anzunehmen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Wer Führer sein wolle, müsse mit gutem Beispiel vorangehen. Notwendig sei es, sich zu schulen und zu bilden, wollen wir uns Gleichberechtigung und Anerkennung verschaffen. Dann bat der Redner die Mitglieder, mit dafür zu sorgen, daß auch die Ortsgruppe Kalterherberg ein glanzvoller Zweig unserer Bewegung werde. Man möge opferfreudig dem Verbande einen Stundenbeitrag als Wochenbeitrag geben. Die Aufmerksamkeit zeigte den Widerhall der Ausführungen bei den Anwesenden. Der Kassierer hatte schon längst gebeten, ihm einen Nachfolger zu geben. Für seine Tätigkeit sei ihm auch an dieser Stelle noch besonders gedankt. Aus der Wahl gingen hervor: Joh. C o n r a d s, Vorsitzender, Maria C o n r a d s, erste Kassiererin, Maria C o n r a d s, zweite Schriftführerin und die Kollegen Johann F r ä m m e r und Johann P a u l u s als Beisitzer. Die Kassiererin übernimmt ihr Amt mit dem 1. Januar 1923. Kassenrevisoren bleiben die Kollegen Mathias B ü c h e l und die Kollegin Luise P a u l u s. Nach Erledigung einiger kurzen Mitteilungen wurde die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Ortsgruppe unter dem neuen Vorstande kräftig blühen und gedeihen möge, geschlossen.

Ruzg (Baden). 21 jähriges Bestehen unserer Ortsgruppe. Mit dem Jahre 1922 kann die Ortsgruppe Ruzg auf ein 21 jähriges Bestehen zurückblicken. Es war im Jahre 1801, als die täglichen Ausgaben des Familienhaushaltes sich vergrößerten und doch die Einnahmen des Familienvaters gleich blieben. Ja, damals war es, als das Sprichwort: „Einigkeit macht stark“, in den Herzen einiger tüchtiger Männer widerhallte und dort die volle Begeisterung hervorrief, eine Ortsgruppe der christlichen Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Doch, wie oft ist der Wille stark, und die Tat will nicht gelingen! So auch hier bei den Ruzgern. Doch die bedrängte Lage der Arbeiter wurde von dem damals in der Pfarrei tätigen Pfarrverweser Oser, welcher heute die Pfarrei Oberadern inne hat, beobachtet. Er erkannte die Not der Zeit und stellte sich an die Spitze der Arbeiter. In Versammlungen, die freilich erst von wenigen besucht wurden, legte Pfarrverweser Oser die ersten Samenkörner der hohen Ideale und Ziele der christlichen Gewerkschaft in die Herzen der Kollegen. Mancher Sturm brach für die begeisterten Männer heran, wobei es unseren aufopfernden Pfarrherrn stets gelang, den Mut und den Willen der zielbewußten Kollegen aufrecht zu halten. So wuchs die kleine, zarte

Eine Schande für Deutschland

ist es, daß gegenwärtig bei uns mehr Zigaretten geraucht werden und mehr Schnaps getrunken wird als vor dem Kriege, zur selben Zeit, wo Amerika und Schweden Alkoholverbote durchgeföhrt haben. In Branereien, Schnapsbrennereien, Zigarettenfabriken, Konditoreien wird zu lange gearbeitet, im Bergbau und Transportgewerbe im Hinblick auf unser Elend zu kurz.
(Aus einem Vortrage Stegerwalbs am 3. Sept. 1922.)

die Arbeiterchaft günstigste Form der Einschränkung verständigen und in den kommenden schwierigen Zeiten auch hinsichtlich der Lohnhöhe den gegenwärtigen Preisverhältnissen Rechnung tragen. Von der Reichsregierung, den Provinzial- und Kommunal-Behörden erwartet die Konferenz, daß sie rechtzeitig die erforderlichen vorbeugenden Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die kommende Not zu lindern.

Am die christlich gesinnte Textilarbeiterchaft richtet die Konferenz den dringenden Appell, alles daran zu setzen, um auch in der gegenwärtigen schweren Zeit die Organisation lebens- und leistungsfähig zu erhalten, nur dann wird uns der Verband den notwendigen Schutz und Bestand gewähren und unsere Interessen zu wahren vermögen.

Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Schlesien.

Am 28. und 29. Oktober v. J. tagte im „Bürgerheim“ in Olag unsere diesjährige Bezirkskonferenz. Erhalten waren 38 Delegierte aus 21 Ortsgruppen, während 7 Ortsgruppen nicht vertreten waren. Außerdem nahmen vom Zentralvorstand noch der Kollege Büchsenhüh aus Barmen und die Kollegin Bartisch aus Neufalz (N.) teil. Nach Begrüßung, geschäftlichen Mitteilungen und Büromwahl erläuterte und ergänzte der Bezirksleiter den schriftlich vorliegenden Geschäftsbericht. Demselben war zu entnehmen, daß es im vergangenen Geschäftsjahre trotz der allgemein bekannten Schwierigkeiten in der Agitation im Bezirk vorangegangen ist. Die Zunahme von über 1100 Mitgliedern darf uns aber nicht befriedigen, sondern muß uns zu weiterer Werbetätigkeit anspornen. Der Geschäftsbericht selbst wie auch die ergänzenden Ausführungen über die Betätigung des Verbandes und der Funktionäre im Bezirk gab Anlaß zu einer regen Aussprache.

Nach deren Beendigung sprach Kollege Maier über die Lage des Verbandes und die vom Verbandsvorstand und dem Ausschuß beschlossenen Reformen. Besonderen Wert legte der Redner auf die strikte Durchführung des Grundgesetzes: Ein Stundenverdienst — ein Wochenbeitrag, sowie auf die Stärkung der Bezirkskasse. Die Aussprache ergab einerseits volles Verständnis bei fast allen Delegierten für die Notwendigkeit der Erhaltung der Finanzkraft unseres Verbandes, zeigte andererseits aber auch die Schwierigkeiten, die einer gleichmäßigen Festsetzung der Beiträge für den ganzen Bezirk entgegenstehen. Beschlossen wurde, daß in Zukunft die Lohnkommissionen nach beendeter Lohnbewegung die niedrigste und höchste Pflichtbeitragsklasse für das Tarifgebiet festsetzen und die Ortsgruppenvorstände dann für ihre Mitglieder entsprechend deren Löhnen die Beitragsklassen in diesen Grenzen be-

Lohnerhöhungen will die Textilarbeiterchaft

und das mit vollem Recht. Darum müssen wir aber auch den Willen haben, entsprechende Beiträge zu entrichten. Nur dadurch kann die Aktionskraft des Verbandes gestärkt werden. Jedes Verbandsmitglied zahle einen Wochenbeitrag, der einem Stundenverdienst entspricht.

Pflanze der christlichen Bewegung heran, und sie hielt stand trotz Sturm und Wetter die ganzen 21 Jahre hindurch. Heute steht die Ortsgruppe da als starker Baum mit nahezu 500 Mitgliedern, gepflegt und geleitet von dem noch immer rüstigen alten Kollegen Vater Ammann, welcher heute stolz sein kann auf sein ängstlich gehütetes Pflänzchen der vielen Jahre hindurch.

Auf Wunsch der Mitglieder hielt nun die Ortsgruppe Murg am 5. November eine Familienunterhaltung ab zum Gedächtnis des 21 jährigen Bestehens. Der frühere Kollege der Ortsgruppe, Hermann Ammann, zur Zeit Gewerkschaftssekretär des Fabrik- und Transportarbeiterverbandes in Mannheim, hielt die Festrede, und zwar war sein Thema gerichtet auf die Gründungszeit und das mutige Aushalten der Ortsgruppe. Das eigens zu dieser Unterhaltung ausgesuchte Theaterstück: „Lorbeerkrone und Vorkroner“, gab den anwesenden Kollegen und Kolleginnen volle Befriedigung. Das Stück zeigte so recht die verschiedenen Charaktere der heutigen Menschen und jedes der Anwesenden konnte eine Belehrung von dem gut aufgeführten Stück nach Hause nehmen. Ein gemütliches Längchen am Abend erhöhte die fröhliche Stimmung, und jeder ging mit dem Bewußtsein nach Hause, einige schöne Stunden verlebt zu haben.

Glück auf der christlichen Bewegung! Glück auf der ältesten Ortsgruppe unserer badischen Heimat, der Ortsgruppe Murg. — Nicht zuletzt ein Glück auf unseren Gründer, den hochw. Herrn Pfarrer Oser in Oberahrern. Hübsch kaufte.

Bierjen. Einen recht eindrucksvollen Verlauf hatte unsere Mitgliederversammlung, welche am Sonntag, den 12. November, im Saale des kath. Gesellenhauses tagte. In feinen Begrüßungsworten wie der Vorsitzende Kollege Strucke darauf hin, daß schon lange Zeit keine Versammlung einen so guten Besuch aufzuweisen hatte, wie die heutige. Der Grund sei wohl darin zu finden, daß man von einem Erztrinkzwang abgesehen hatte. Nachtrage jedenfalls viel dazu bei, daß mit dem Ernstern auch das Gemütliche verbunden werden sei.

Unser Sekretariatsleiter Kollege Nöbemes sprach über die Grundzüge und die Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Er wies darauf hin, daß unsere Bewegung nicht nur Lohnbewegung sei. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sei erste und Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Daneben aber hat dieselbe noch andere Aufgaben zu erfüllen. Er wies auf die Gründer der Bewegung hin, die doch nicht nur das Materielle im Auge hatten. Hätten sie das, so wäre es ihnen nicht möglich gewesen, die unfähigen Opfer für unsere Bewegung zu bringen. Sie waren besetzt von dem Geiste christlicher Nächstenliebe. Dadurch war es ihnen möglich, all die Opfer und Entbehrungen zu tragen. Nicht nur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist die Aufgabe unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Sie will mehr! Unsere christliche Bewegung ist auch eine Kulturbewegung. Sie will mitarbeiten an der geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes. Somit arbeitet sie mit zum Wohle des gesamten Volkes. Idealismus, Hingabe, Opferwilligkeit muß uns befeelen, wollen wir echte und wahre christliche Gewerkschaftler sein. Durch eifrige und freudige Mitarbeit als Vorstandsmittglied, Vertrauensmann, Betriebsrat und auch als einzelnes Mitglied müssen wir mitarbeiten an den Aufgaben und Zielen, die sich unsere Bewegung gesetzt hat. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Kollegen Wirtz, Wirtach, Hofer und Schiefers beteiligten, ergriff dann die Kollegin Rappels-Crefeld das Wort. In begeisterten Ausführungen schilderte dieselbe die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften im besonderen für die Arbeiterinnen. Es wurden noch einige Ausführungen über die ab 17. Woche einzuführenden Beiträge gemacht. Darauf wurde zur Wahl der Delegierten für die Bezirkskonferenz in Crefeld gestritten. Es wurden folgende Kollegen gewählt: Peter Strucke, Anton Engels, Franz Köhler, Nella Grefkes und Helene Feiks.

Büchertisch

Als erstes Heft der Verbrauchergewerkschaftlichen Bücherreihe: Die Frauenfrage in der Gewerkschaftsbewegung, bearbeitet von Rob. Schloesser, Düsseldorf-Reicholz, 1922, Verlage- und Vertriebsgesellschaft des Reichsverbandes deutscher Kaufmänner.

Die Erkenntnis, daß die Frauenvwelt im modernen Wirtschaftsleben eine ganz andere Stellung einnimmt und einnehmen muß als vor dem Kriege, dümmert langsam. Auch das Organisationsleben der Gegenwart wird hierfür haben. Die Gewerkschaften haben mit der veränderten Heranzugung von Frauen, auch zu leitenden Stellen, die Notwendigkeit schon vor längerer Zeit eingesehen. Die Gewerkschaften folgen nach. Auch sie sind bereits dazu übergegangen, Sekretariatsstellen auszustellen, um der Frauenvwelt Aufklärung und Beteiligung in wirtschaftlichen Fragen zu geben.

Seider fehlt uns bei den Gewerkschaften, geeignete Literatur zur Einführung in das ihnen weit bevorzugte Gebiet Frauenlebens und -denkens in wirtschaftlichen Fragen. Es ist darum ein besonderes Verdienst des ruhigen Leiters der Verbrauchergewerkschaftlichen Bücherreihe Rob. Schloesser, daß er in dem oben genannten Buche (das in 1. Auflage bereits vergriffen ist) eine zusammenfassende gewerkschaftlicher Frauenfragen vorlegt. Ein überaus reichhaltiges und wertvolles Material bietet sich uns da. Die Erfahrungen aller Praktiker, die Einrichtungen der Jetztzeit und die Zukunftsaussichten in gewerkschaftlichen Frauenfragen sind geschickt bearbeitet.

Wir empfehlen dieses Buch, besonders aber den Kolleginnen, die Auffassung und das Studium dieser Broschüre.

Besondere Bekanntmachungen.

„Arbeitszeit ist das halbe Leben“, so sagt bekanntlich das Sprichwort. Wenn alle Funktionäre und Beamten dieses beherzigen, so wird es auch jetzt, trotz des Krieges, noch möglich sein.

drüben Quartals, möglich, einen Ueberblick über die Einnahmen und Ausgaben dieses Quartals zu haben. Daß dieses in unserer jähneliebigen Zeit bringend nötig ist, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Leider ist uns aber die Möglichkeit nicht gegeben. Kolleginnen und Kollegen, das muß anders werden! Es fehlten am 18. November noch folgende Ortsgruppen mit der Abrechnung vom 3. Quartal:

Goch *	Wasserschwenke ***
Hum ***	Kraundorf **
Schaag ***	Lonschmid **
Worf ***	Albernau ***
Wegberg ***	Auerbach i. Vogtl. **
W ***	Bernstadt **
Wirtgen ***	Freiberg **
Berg-Elbadach **	Delstrik ***
Vieringhausen ***	Hußdorf ***
Elpe **	Erlangen *
Wermelskirchen **	Sontheim *
Wesla ***	Wegscheid *
Wernode **	Murg **

* Geld da, Abrechnung fehlt.
** Abrechnung da, Geld fehlt.
*** Abrechnung und Geld fehlen.

Adressenänderungen.

- Bezirk Sachsen.**
Greiz: Kass. Paul Frisch, Adelheidstr. 73.
Ringenhain: Vorf. Paul Lehmann, Ringenhain 21.
- Bezirk Baden.**
Schöllbrunn: Vorf. Anton Wipfler, Schöllbrunn; Kass. Bernh. Kunz, Schöllbrunn.
Wehr: Vorf. Georg Lang, Wehr/Baden, Breitmatt.
Ziengen: Vorf. Fritz Keller, Marktplatz.
Hörheim: Vorf. Anna Günter, Hörheim.
Untereggingen: Vorf. Frau Sofie Schreiber, Untereggingen.
- Bezirk Hessen.**
Kalterherberg: Vorf. Joh. Conrad, Kalterherberg Nr. 2.
Kass. Maria Conrad, Kalterherberg 176.
- Bezirk Crefeld.**
Süchteln: Vorf. Hermann Kehren, Hochstr. 33, Kass. Clemens Fe, Butschweg 25.

Bezirk Saarland.

- Gertrode: Kass. Frau Käthehäuser, Gertrode.
Duderstadt: Vorf. Anna Rebling, Steintor 489, Kass. Maria Borchardt, Jümmingende 6, Duderstadt.
Bickenriede: Vorf. Karl Werner, Bickenriede 60, Kass. Anna Lange, Bickenriede 61.

5000.- M. Belohnung

werden dem gezahlt, der zuerst den Webereibetrieb angibt, in welchem eine Duntkette ohne Lizenz nach dem D. R. Pat. Nr. 272 175 verwebt wird. Die Lizenz muß am Webstahleingang angebracht sein.
Nennzeichen des Patentes: Die Aufrechterhaltung der Farbentrennung im Webstuhl erfolgt durch Zusatzfreidäume. Zweck: Besseres Verweben bei tadelloser offener Kette, getrennthalten der Farbenschnitten während des Webens, Erzielung 1000 erlei Muster von jeder Duntkette.
Mitteilungen durch die Exp. d. Bl.

† Sterbetafel. †

Name	Ort	Alter
Beles Leonhard	Dülken	46 Jahre
Björn Bernhard	Greiz	50 "
Börstinghaus Wilhelm	Hagen	65 "
Reichel Ernst	Spillmümersdorf	60 "
Sadowski Johanna	Gronau	20 "
Baumgartner Hermann	Säckingen	66 "
Köhler August	Silben	54 "
vom Bauer Erwald	Barmen	58 "
Kaul Berta	Sorau	50 "
Hemling Anton	Bocholt	72 "
Neumann Bernhard	Bocholt	54 "
Daners Anna	W.-Gladbach	23 "
Heines Frau	Dülken	26 "
Rick Franziska	Zimmerstadt	47 "
Schüdens Katharina	Dörbruch	20 "
Kerling Josefine	Rehne	16 "
Worch Luise	W.	17 "
Müllmann Johann	Hum	66 "
Wenar Witwe	Wentep	33 "
Gottinger Fridolin	Dörach	62 "
Sartor Anastasia	Waldkirch	66 "
Deck Christine	Hagen	20 "
Schiffer Peter	Rehndt	65 "
Schiffen Anna	W.-Gladbach	19 "
Dahmen Heinrich	Düren	62 "
Krüger Alwine	Summersbach	23 "
Behmühl Josef	Greven	23 "
Mary Gustav	Ringenhain	50 "
Schäfer Wilhelm	Weiden	72 "
Dixen Wilhelm	Nachen	29 "
Frohoff Hermann	Wettingen	42 "
Müller Klumbert	Duisburg	68 "
Strittmayer Frau	Jell	43 "
Faßbender Anna	Siegentkirchen	23 "
Angst Ida	Sülzenbeck	21 "
Schröder Heinrich	Sülzenbeck	41 "

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zur Abwehr unlauterer Agitationsmanöver des Deutschen Textilarbeiterverbandes. — Die zwingende Sprache der Tarifkassen. — Die Tragödie in der Weberei, Baumwollspinnerei und Weberei Kaufbeuren. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet. — Allgemeine Nachrichten: Die steigende Forderung. — Das Wesen der „freien“ Gewerkschaften. — Aus unserer Industrie: Wie die Baumwolle nach Deutschland kam. — Aus unserer Bewegung: Bezirkskonferenz am 28. und 29. Oktober 1922 in Nachen. — Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Schleien. — Berichte aus den Ortsgruppen: Dülken. — Kalterherberg. — Murg. — Bierjen. — Büchertisch. — Besondere Bekanntmachungen. — Inzerat. — Sterbetafel.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.

Die neuen Postgebühren.

Ausflachen! Gültig ab 15. November 1922. Aufbewahren!

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 15. November 1922 an im Post-, Postfach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

für Postkarten		
im Ortsverkehr	3 M.	
Fernverkehr	6 "	
für Briefe		
im Ortsverkehr bis 20 g	4 "	
über 20 bis 100 g	8 "	
100 " 250 g	12 "	
Fernverkehr bis 20 g	12 "	
über 20 bis 100 g	16 "	
100 " 250 g	20 "	
für Drucksachen		
bis 25 g	2 "	
über 25 bis 50 g	3 "	
50 " 100 g	6 "	
100 " 250 g	12 "	
250 " 500 g	16 "	
500 g bis 1 kg	20 "	
für Aufhänger, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Postfachformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind	2 M.	
für Geschäftsbriefe und Rücksendungen		
bis 250 g	12 "	
über 250 bis 500 g	16 "	
500 g bis 1 kg	20 "	
für Warenproben		
bis 250 g	12 "	
über 250 bis 500 g	16 "	
500 bis 1 kg	24 "	
Pakete		
bis 5 kg	60 M.	Gerzone
über 5 bis 6 kg	72 "	120 M.
6 " 7 "	84 "	144 "
7 " 8 "	96 "	168 "
8 " 9 "	108 "	192 "
9 " 10 "	120 "	216 "
10 " 11 "	132 "	240 "
11 " 12 "	144 "	264 "
12 " 13 "	156 "	288 "
13 " 14 "	168 "	312 "
14 " 15 "	180 "	336 "
15 " 16 "	192 "	360 "

über 16 bis 17 kg	288 M.	Ferzone
" 17 " 18 "	312 "	576 M.
" 18 " 19 "	336 "	524 "
" 19 " 20 "	360 "	672 "
" 20 " 21 "	384 "	720 "
für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgeldgebühr, die beträgt für je 1000 M. 6 M., mindestens bei einer Sendung 10 M.;		
für Kopierungen		
bis 50 M.	6 M.	
über 50 " 200 "	10 "	
" 200 " 500 "	16 "	
" 500 " 1000 "	20 "	
" 1000 " 2000 "	24 "	
" 2000 " 5000 "	30 "	
" 5000 " 10000 "	40 "	
(Reißbetrag ist von 5000 M. auf 10000 erhöht.)		
Die Einschreibgebühr ist auf 8 M., die Vorseigegebühr für Nachnahmen und Postanträge auf 6 M. festgesetzt.		
Für die Silberstellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung: für ein Paket:		
nach dem Ortsbestellbezirk 15 M.	30 M.	
" Landbestellbezirk 45 "	60 "	
für bar eingezahlte Zahlarten		
bis 50 M. einschl.	3 M.	
über 50 " bis 200 M. einschl.	5 "	
" 200 " " 500 "	8 "	
" 500 " " 1000 "	10 "	
" 1000 " " 2000 "	12 "	
" 2000 " " 5000 "	15 "	
" 5000 " " 20000 "	20 "	
für jede weitere 10000 M. oder einen Teil dieser Summe mehr	10 "	
Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme Grundgebühr	20 M.	
und außerdem für jedes Wort	19 "	
Ortstelegramme Grundgebühr	10 "	
und außerdem für jedes Wort	5 "	
Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Kopierungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen), sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Fremdegebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Desterreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen).		